



Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

07. August 2019

Dr. K. Schilling, Paul-Lincke Str. 36, 67304 Eisenberg

Herrn Stadtbürgermeister Kauth
Stadtbüro, Rathaus
Hauptstr. 86

67304 Eisenberg

Antrag 1: Aufspalten des bisherigen Bau- und Umweltausschusses in einen

- a) **Bauausschuss**
- b) **Ausschuss für Natur-, Umwelt und Klimaschutz**

Antrag 2: Aufnahme eines Klimaschutzartikels in die Hauptsatzung der Stadt Eisenberg

Sehr geehrter Herr geschäftsführender Stadtbürgermeister Kauth, sehr geehrte Stadträtinnen und Stadträte,

die Fraktion von Bündnis 90 / Die Grünen stellt hiermit zwei voneinander unabhängige Anträge:

Antrag 1:

Wir beantragen die Aufspaltung des bisherigen Bau- und Umweltausschusses in einen Bauausschuss und einen separaten Ausschuss für Natur-, Umwelt und Klimaschutz.

Begründung:

Wir wollen den Themen Natur-, Umwelt und Klimaschutz mehr Bedeutung verschaffen und regen daher die Aufspaltung des bisherigen Bau- und Umweltausschusses mit nachfolgender Bildung eines separaten Ausschusses für diese Themen an.

Der separate Ausschuss für Natur-, Umwelt- und Klimaschutz soll für die Gestaltung des Lebensraums die verteilten Aufgabenbereiche und Themenfelder zusammenfassen und bündeln.

Die Themen Natur-, Umwelt- und Klimaschutz sind trotz eigener Schwerpunkte nicht separat, sondern integriert zu betrachten und gerade in Zeiten einer sich anbahnenden Klimakatastrophe und des bedrohlichen Artensterbens auch im Verbund immer wichtiger.

Auch sind die Bürger sensibilisiert und widmen insbesondere dem Insektensterben, der Dürre, den Waldschäden, Hochwasserereignissen und Innenstadtaufheizungen sowie weiteren Natur-, Umwelt- und Klimaschutzthemen immer mehr Aufmerksamkeit.

Der separate Ausschuss soll die gleiche Stellung wie der bisherige gemeinsame Bau- und Umweltausschuss haben. Wenn nötig, soll sich der Ausschuss Expertenunterstützung von außen holen. So könnten sachkundige Fachleute und Vereine (z. B. Naturschutzvereine) in die Arbeit einbezogen werden. Die Einbeziehung dieser sachkundiger Fachleute und Vereine, die jedoch

kein Stimmrecht haben sollen, würde auch eine weitere und frühzeitige Teilhabe an der Stadtentwicklung und -gestaltung ermöglichen.

Die Kompetenzen eines separaten Ausschusses könnten unserer Ansicht nach beispielweise folgende Themenbereiche umfassen: Innenstadt-Grünflächenmanagement und deren Pflegemaßnahmen/-standards, Spielplätze, Friedhöfe, Energiepolitik, Klimaschutz, Wasser-/Hochwasserschutz, Bodenschutz, Flächenentsiegelung, Straßenbegleitgrün etc.

Antrag 2:

Wir beantragen die Aufnahme eines Klimaschutzartikels in die Hauptsatzung der Stadt Eisenberg.

§ Klimaschutz, Naturschutz und Biodiversität

Unsere Stadt bekennt sich zum aktiven Schutz des Klimas, des Naturschutzes und der Biodiversität. Daher soll bei jeder Maßnahme, die von Verwaltung, dem Bürgermeister und dem Rat beschlossen wird, die Aspekte des Klimaschutzes, Naturschutzes und der Biodiversität mitbedacht werden. Wenn es zu einer Maßnahme eine klimafreundlichere bzw. naturschutzfreundlichere Alternative gibt, die nicht zu erheblichen Mehrkosten führt, so ist diese zu bevorzugen. Prinzipien der Biodiversitätsstrategie von Rheinland-Pfalz („Vielfalt der Natur bewahren - Biodiversitätsstrategie für Rheinland-Pfalz“, MUEEF, aktualisierte Auflage 2018) werden mitberücksichtigt.

Begründung:

Der Klimawandel ist spürbar, auch hier in der Stadt Eisenberg und verbunden mit der Bedrohung der Vielfalt des Lebens.

Wir regen an, dass jede zu planende und/oder durchzuführende Maßnahme, die von der Stadt beschlossen wird, einen Passus enthält, dass Klimaschutzaspekte bei der Entscheidung mitbedacht werden. Das bedeutet, dass jede dieser Maßnahmen auf Klimaverträglichkeit geprüft werden soll. Dabei soll insbesondere überlegt werden, ob es eine klimafreundlichere Alternative gibt, und falls diese nicht zu einem wesentlichen Mehraufwand an Kosten sowie planerischen und ausführenden Ressourcen führt, bevorzugt wird.

Darauf aufbauend und als ein integrativer Bestandteil von Klimaschutzaspekten regen wir weiterhin an, dass bei allen Maßnahmen – sofern zutreffend - Prinzipien der Biodiversitätsstrategie von Rheinland-Pfalz (siehe Vielfalt der Natur bewahren - Biodiversitätsstrategie für Rheinland-Pfalz, MUEEF, aktualisierte Auflage 2018) mitberücksichtigt werden.

Denn der Erhalt unserer Artenvielfalt ist unsere Lebensversicherung und eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Sie gelingt nur, wenn Klima-, Natur- und Umweltschutz integrativ und ganzheitlich begriffen und auch auf kommunaler Ebene für den Erhalt unserer Lebensgrundlage umgesetzt wird.

Mit freundlichen Grüßen

Bündnis 90 / Die Grünen

Fraktionssprecher



Dr. Karsten Schilling